

Schuljahr 2011/2012 (1. August 2011) beginnen und dementsprechend erst 2023/2024 auslaufen soll, um welch umfassenden und dauerhaften Eingriff in die Struktur des gymnasialen Bildungsgangs es sich bei einem solchen Schulversuch handelt.

Ministerin Löhrmann wird daher aufgefordert, dem Landtag darzulegen, warum die Landesregierung einen so problematischen und langfristigen Eingriff in den gymnasialen Bildungsgang am Parlament vorbei als Schulversuch durchführen will, anstatt die Legislative mit diesem Vorgang zu befassen.

\*15 Abgeordneter  
Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg  
CDU

**Welches staatsrechtliche Verständnis hat Ministerpräsidentin Kraft von der Bundeswehr?**

In ihrer Antwort (Drucksache 15/436) auf die Kleine Anfrage 51 vom 1. September 2010 der Ali Atalan, Anna Conrads, Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann von der Fraktion DIE LINKE antwortet die Ministerpräsidentin:

„Die Landesregierung beabsichtigt, in Gesprächen mit der Bundeswehr einzutreten, um die bestehende Vereinbarung zwischen Bundeswehr und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung zu modifizieren. Ziel ist es, friedenspolitischen Initiativen gleichberechtigt Raum im Unterricht zu geben.“

Der Kontext dieser Antwort ist eindeutig bestimmt durch die Fragen der Fraktionsmitglieder der Linken: Die Bundeswehr repräsentiert Krieg, Friedensinitiativen stehen für Frieden.

Die Antwort der Ministerpräsidentin schließt sich mit der Bekundung der Absicht der Landesregierung, das Abkommen des Schulministeriums mit der Bundeswehr zu modifizieren, uneingeschränkt der Auffassung der Linken an, dass die Bundeswehr Krieg repräsentiert und deshalb Friedensinitiativen zusätzlich in die Schulen eingeladen werden müssen?

Die Bundeswehr hat durch das Grundgesetz den Auftrag, die Verteidigung der demokratischen Grundordnung zu gewährleisten. Sie untersteht bei der Durchführung ihres Auftrags

dem Deutschen Bundestag. Sie ist damit in ihren Handlungen hoheitlich legitimiert und kann daher in Schulen, die unter staatlicher Aufsicht stehen, über ihre Arbeit informieren.

Welche Legitimation haben im Vergleich dazu Friedensinitiativen, so dass sie gleichberechtigt in den Schulen auftreten könnten?

### **Geschäftsbereich des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter**

16 Abgeordneter  
Dietmar Brockes FDP

#### **Welche Verschärfungen des Nichtraucherschutzgesetzes plant die Landesregierung?**

In einem Interview mit der „Rheinischen Post“ bekundete die Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter Anfang August die Absicht, den „Wildwuchs bei Ausnahmen vom Rauchverbot“ in Nordrhein-Westfalen zu beschneiden. Die Planungen hierzu sollen bis Jahresende abgeschlossen sein und auf dem Verordnungsweg durchgesetzt werden.

Welche Änderungen auf dem Verordnungsweg plant die Landesregierung an der derzeit gültigen Fassung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG) des Landes Nordrhein-Westfalen?

### **Geschäftsbereich des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

17 Abgeordneter  
Kai Abruszat FDP

#### **Entsprechen die von der Düsseldorfer Regierungspräsidentin versprochenen Ausnahmen für das Handwerk bei der Einfahrt in die Umweltzone Düsseldorf der Position der Landesregierung?**

Laut Medienberichten des Radiosenders Antenne Düsseldorf hat die Regierungspräsidentin des größten Regierungsbezirks in Deutschland, Anne Lütkes (Grüne), beim Herbstempfang der Handwerkskammer Düsseldorf, Ausnahmen für das Handwerk bei der Einfahrt in die Umweltzone in Aussicht gestellt.